Nr. 74 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 37

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 40 Pf.
auswärts 50 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 6,— M. monatl. 2,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 2,— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 54,— M., für das übrige Ausland 72,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zehngespaltene Nonpareillezeile kostet 9,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,50 M. Stellengesuche und Schlaffstellenanzeigen das erste Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 4,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Montag, den 13. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Konferenzbeginn nach Ostern.

Das Londoner Kabinett wird sich heute mit der Note Poincarés über die Verschiebung der Konferenz von Genua beschäftigen. Noch sollen Lloyd George und auch Bonomi gegen die Verschiebung sein, aber Havas spricht von Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett und nach einer Esteuropa-Meldung glaubt man in Paris, daß England einer kurzen Vertagung, bis nach Ostern, zustimmen werde. Nach dem „Observer" zu schließen, geht Poincarés Absicht dahin, die Konferenz möglichst ausschließlich mit Rußland zu befassen. Die letzten Aeußerungen Lloyd Georges zeigen ja schon, daß über Versailles und Reparation in Genua nicht geredet werden soll — wenigstens nicht offiziell. Unter solchen Umständen wird ja nicht allzuviel für die Besserung der Weltwirtschaft herauskommen!

Mit Poincarés Vorschlag, das Genueser Programm durch englisch-französische Sachverständige vorberaten zu lassen, wodurch ja der Konferenzbeginn auch hinausgeschoben wird, soll sich England, allerdings nach französischer Meldung, schon einverstanden erklärt haben.

Inzwischen gehen die Orientverhandlungen zwischen London und Paris weiter. „Echo de Paris" meldet dazu, England verlange immer noch, Frankreich solle sich unverzüglich bereit erklärt, der Regierung von Angora die neue Fassung des Friedens von Sèvres, auf die sich Frankreich, England und Italien einigen könnten, mit Gewalt aufzuzwingen. Während auf französischer Seite die Meinung vorherrsche, der türkisch-bolschewistische Block könne am besten dadurch aufgelöst werden, daß man ein Einverständnis mit den Türken suche, werde von englischer Seite die Ansicht vertreten, daß es das Beste sei, die Bolschewisten zu gewinnen.

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Benesch ist in Paris angekommen. Er erklärte einem Vertreter des „Intransigeant", er wolle die alliierten Regierungen vor der Konferenz von Genua über die Lage in Mitteleuropa aufklären. Die Staaten der Kleinen Entente hätten schon vor einigen Tagen beschlossen, unter sich eine Vorkonferenz abzuhalten.

Aus Washington meldet der „Daily Chronicle", daß man dort für die Verschiebung der Konferenz sei, aber nach wie vor mit der Sowjetregierung nichts zu tun haben wolle.

Nach dem „Intransigeant" ist am Sonnabend eine Delegation der Reparationskommission unter Führung des belgischen Delegierten Bemelmans nach Berlin abgereist, wo sie sich mit Dr. Rathenau in Verbindung setzen wird, um eine größere Regelmäßigkeit in den Sachlieferungen zu verlangen, die Deutschland außerhalb des Wiesbadener Abkommens zu leisten hat.

Die internationale Reparationsanleihe.

Paris, 13. Februar. (EE.) „Petit Parisien" und „Echo de Paris" erklären, wichtiger als die Frage, wie man Rußland wieder auf die Beine helfen könne, sei die Frage, wie man Deutschland eine internationale Anleihe verschaffen könne, wodurch Deutschland seine Reparationen bezahlen könne. Bereits in Chaquers habe Lloyd George den Vorschlag gemacht, England wolle auf seinen Anteil an den deutschen Reparationen und auf Rückzahlung der französischen Schulden verzichten. England hätte dafür französische Schuldverschreibungen der Reihe C annehmen wollen. Deutschland wäre dadurch bei der Rückzahlung seiner Schulden um 43 Milliarden Goldmark erleichtert worden und hätte den Rest von ungefähr 60 Goldmilliarden durch eine internationale Anleihe aufbringen sollen. Dieser Plan sei damals gescheitert, weil die zu seiner Verwirklichung notwendige Einwilligung der Vereinigten Staaten zur Streichung der alliierten Schulden nicht erlangt werden konnte. Nunmehr sei dieser Plan wieder aufgegriffen und es bestehe die Absicht, noch vor der Konferenz von Genua sich mit der Frage einer internationalen Anleihe für die deutschen Reparationen zu beschäftigen. Pertinax in „Echo de Paris" gesteht zu, daß der in London aufgestellte Plan für die Verteilung der deutschen Zahlungen nicht aufrechterhalten werden könne. Die Hauptsache sei, die Zeit abzukürzen, innerhalb der Deutschland seine Verpflichtungen abzutragen habe. Dies sei jedoch nur möglich durch die internationale Anleihe. Aufgebracht werden könnten z. B. 200 Millionen Pfund Sterling, 100 Millionen Dollar, 500 Millionen Schweizer Franken, 200 Millionen belgische Franken, 100 Millionen Lire. Pertinax nennt diese Summe ein Linsengericht. Mit den 720 Millionen Goldmark, die Deutschland 1922 zu bezahlen habe, müsse man sich wenigstens vorläufig begnügen.

Jugoslawien revidiert.

Belgrad, 13. Februar. („Frankf. Ztg.".) Im Geiste des abgeschlossenen Handelsvertrages mit Deutschland beschloß die Regierung, in den Beziehungen mit der deutschen Republik den Versailler Artikel 18, betreffend das Pfandrecht gegen das deutsche Eigentum im Auslande, außer Kraft zu setzen. Hierdurch wird das größte Hindernis für die freie Entwicklung der gegenseitigen Handelsbeziehungen beseitigt.

Die Börse in guter Laune.

An der heutigen Berliner Börse trat eine kräftige Aufwärtsbewegung des Dollars ein. Er wurde bereits im Laufe der ersten Börsenstunden mit 202 bis 203 gehandelt. Am Effektenmarkt prägt sich die Hausse immer deutlicher aus. Die Befürchtungen hinsichtlich einer bevorstehenden Kabinettskrise vermögen das Geschäft nicht zu stören!

Staatsstreichgefahr in Ungarn.

Um den Wahlrechtsraub durchzudrücken, plant Horthy einen Staatsstreich. Wie die „Ung. Korr." meldet, richtete die Opposition an Horthy ein Manifest, worin sie ihn an seinen Eid erinnert und auf die katastrophalen Folgen eines Verfassungsbruches hinweist. Es erscheint ausgeschlossen, daß die Nationalversammlung, deren Mandat Donnerstag abläuft, bis dahin das neue Wahlrecht annimmt. Bethlen beabsichtigt dann, entweder auf dem Verordnungswege seinen reaktionären Wahlrechtsentwurf zum Gesetz zu erheben oder eigenmächtig die Mandatsdauer der Nationalversammlung zu verlängern. Er hat für seine Pläne nunmehr auch die Partei der Kleinen Landwirte gewonnen, die unter Verleugnung ihrer bisherigen Grundsätze dem Wahlrechtsentwurf zustimmt, welcher gerade einen großen Teil der Kleinbauern vom Wahlrecht ausschließt und den Schlußpunkt der reaktionären Bewegung der letzten zwei Jahre bilden soll.

Arbeitspflicht.

Budapest, 12. Februar. (UK.) Die ungarische Regierung hat den Entwurf eines Gesetzes ausgearbeitet, auf Grund dessen jeder männliche Staatsangehörige von 18 bis 45 Jahren im Bedarfsfalle zu Arbeiten von öffentlichem Interesse einberufen werden kann. Die linksstehenden Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie, kündigen den schärfsten Kampf an, da die Regierung offenbar damit den Zweck verfolgt, billige Arbeitskräfte zu beschaffen und Streiks, selbst Lohnbewegungen zu verhindern.

Ein politischer Mord?

Budapest, 12 Februar. (UK.) Der Abg. Michael Kerekes ist unter mysteriösen Vergiftungserscheinungen plötzlich gestorben. Die Polizei hat die Sektion der Leiche angeordnet. — Kerekes, der im 50. Lebensjahre stand, war einer der wenigen Abgeordneten, die in der Nationalversammlung von Anfang an gegen den weißen Terror ihre Stimme erhoben und dessen Schandtaten an den Pranger gestellt haben. Das trug ihm die Todfeindschaft aller terroristischen Elemente ein, die wiederholt Drohungen gegen ihn richteten. Es wurde gegen Kerekes auch ein Strafverfahren wegen Aufreizung eingeleitet, das mit seiner Verurteilung zu 3 Monaten Gefängnis endete. Ob sein jetziger Tod die Folge eines Mordanschlages ist oder ob Kerekes seinem Herzleiden zum Opfer fiel, soll sich noch ergeben.

Die Petersdorfer Untersuchung.

Staatssekretär Dr. Peters hat sich von Breslau nach Berlin zurück begeben, um der Reichsregierung Bericht zu erstatten. Die eingehenden Ermittlungen haben, so schreibt WTB., keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Vorfälle in Oberschlesien etwa ihren Ursprung außerhalb des besetzten Gebietes haben und Zeichen einer allgemeinen militärischen Bewegung sind, wie dies französischerseits angenommen worden ist. Die Vorfälle sind von keiner Stelle außerhalb des besetzten Gebietes geplant oder ins Werk gesetzt worden.

Keine Ruhe in Irland.

In Clones (Provinz Ulster) beschossen republikanische Truppen und Spezialkonstabler einander; vier Konstabler und ein republikanischer Soldat wurden getötet.

Die republikanischen Militärbehörden haben über den Bezirk von Großmalina (Provinz Connaught, Grafschaft Mayo) wegen der vorgekommenen Gewalttätigkeiten, Brandstiftungen und Viehdiebstähle das Standrecht verhängt. Zehn Personen wurden wegen Viehdiebstahls verhaftet.

„Daily Chronicle" meldet, daß die Ermordung der fünf Ulsterpolizisten durch irische Republikaner in Clones die Regelung des irischen Gesamtproblems wesentlich erschwert habe. Unter dem Vorsitz Churchills wurde eine Ministerkonferenz abgehalten, auf der eine sehr ernsthafte Auffassung vorgeherrscht habe. Der Premierminister von Ulster, Sir James Craig, habe den Vorschlag gemacht, daß britische Truppen den Schutz der Grenze Ulsters übernehmen sollen. Den Wahlfeldzug der Republikaner gegen die Freistaatspartei eröffnete eine Dubliner Rede de Valeras, in der er sagte, daß sich die Republikaner in keiner Weise durch den Kordoner Vertrag als gebunden erachteten. Für die Lösung der Ulsterfrage empfahl er Volksbefragung.

Der russische Volksbeauftragte Krassin ist heute auf der Durchreise von London nach Moskau in Berlin zu kurzem Aufenthalt eingetroffen.

Stinnes vor den Toren?

Laßt ihn doch nicht herein!

„Stinnes steht vor den Toren!" So überschreibt die „Freiheit" ihre Betrachtungen über die neue Krise. In der letzten Zeit haben wir öfters gelesen, er sei schon drinnen, und so ist es uns doch einigermaßen beruhigend, zu erfahren, daß er einstweilen immer noch vor den Toren steht, obwohl der Artikel der „Freiheit" stark auf den Ton der höchsten Besorgnis gestimmt ist:

O weh, wir sind verloren!
Er steht schon vor den Toren!

Die „Freiheit" meint nämlich, die Deutsche Volkspartei habe diese Krise herbeigeführt, um desto schneller an das Ziel ihrer Wünsche zu kommen, und schreibt zum Schluß:

Wie die Krise enden wird, läßt sich noch nicht absehen. Wahrscheinlich werden die Tage bis zum Mittwoch dazu benützt werden, um mit der Deutschen Volkspartei ein Kompromiß zu schließen. Die Herren um Stinnes werden in der Aufstellung ihrer Bedingungen sicherlich nicht zurückhaltend sein. Durch ihre eigene Schuld hat sich die Regierung in diese Lage hinein manövriert. Stinnes steht vor den Toren!

Zwischendurch versucht die „Freiheit" allerdings, ihren Lesern wieder etwas Mut einzureden, indem sie erklärt:

Will die Regierung den Kurs im Innern steuern, den der Reichskanzler am Donnerstag und den die Herren Groener und Hermes gestern gezeichnet haben, so soll sie offen ihr Gesicht zeigen und in die große Stinnes-Koalition aufgehen. Wir werden den Kampf dann nicht allein führen, sondern hinter uns wird die Masse der arbeitenden Bevölkerung stehen. Und bei der wirtschaftlichen Kraft, die dem deutschen Proletariat innewohnt, braucht uns um den Ausgang dieses Kampfes nicht bange zu sein.

In Wirklichkeit liegen die Dinge doch ein wenig anders. Die Krise, aus der die „Freiheit" keinen anderen Ausweg sieht als ein Kompromiß mit Stinnes, ist doch nicht von der Deutschen Volkspartei allein herbeigeführt worden, sondern auch von den Unabhängigen. Die „Freiheit" sagt mit hübscher Ironie, man werde nicht länger sagen können, daß der Reichstag unproduktive Arbeit leiste, denn er habe nicht weniger als fünf Mißtrauensanträge produziert. Aber trifft diese Ironie nicht auch die Fraktion der USP.? Man soll eben keine Mißtrauensvoten einbringen, bloß um stramme Haltung zu markieren in der Hoffnung, daß sie doch nicht angenommen werden. Das soll man nur tun, wenn man die Absicht hat, die Regierung zu stürzen, und diese Absicht kann man vernünftigerweise nur haben, wenn man schon einen festen Plan hat, was man an ihre Stelle setzen soll. Sonst wird man, statt Subjekt der Politik zu sein, ihr Objekt und fördert, statt die eigenen, die Pläne der anderen!

Die „Freiheit" ist aber auch insofern im Irrtum, als sie annimmt, die augenblickliche Temperatur sei günstig für ein Kompromiß mit der Deutschen Volkspartei. Das gerade Gegenteil ist richtig. Nachdem die Volkspartei ein gegen den Reichskanzler persönlich zugespitztes Mißtrauensvotum eingebracht hat, ist ein Kompromiß mit ihm überhaupt nicht mehr möglich. Die viel beredete „große Koalition" wäre heute nicht billiger zu haben als durch den Sturz von Wirth, Rathenau, Schmidt und wahrscheinlich noch einiger anderer, wobei nicht uninteressant zu bemerken ist, daß der Reichsverkehrsminister Groener auch auf der volksparteilichen Proskriptionsliste steht. Glaubt die „Freiheit" ernstlich, daß die Sozialdemokratie ein solches Geschäft machen könnte? Da kennt sie wahrhaftig Buchholzens schlecht!

Also eine rein bürgerliche Stinnes-Regierung? Kein Kompromiß, sondern eine neue Koalition, gebildet von allen bürgerlichen Parteien unter Führung der Deutschen Volkspartei? Die Neigung zu einer solchen Lösung ist weder beim Zentrum noch bei den Demokraten groß. Und selbst die Deutsche Volkspartei hat durch ihr Verhalten im Sommer 1920 bewiesen, daß sie ein Regieren gegen die Sozialdemokratie für unmöglich hält. Trotzdem könnten die bürgerlichen Parteien auf diesen Weg gedrängt werden, wenn Wirth am Mittwoch stürzte und nach einer langen ratlosen Krise kein anderer Ausweg bliebe als dieser. Die rein bürgerliche Regierung wird erst dann möglich, wenn die sozialistische Linke durch ihr eigenes Verhalten ihre Bildung erzwingt.

Mit anderen Worten: Stinnes kommt nur dann durch das Tor, wenn die USP. es aufmacht und ihn mit aller Gewalt hineinzieht!

Die „Freiheit" tröstet: Wenn die Stinnes-Regierung komme, dann werde man ihr es schon zeigen! Auch wir glauben, daß die ganze Masse der Arbeiter und ein großer Teil der Angestellten und Beamten gegen eine solche Regierung mit aller Macht ankämpfen würden. Aber was ist das für eine Taktik, den Gegner erst in die Festung zu lassen, um sie dann von außen her zu berennen? Dadurch wird der Kampf nur erschwert und es entsteht die Gefahr, daß man das, was

man freiwillig aufgegeben hat, nur noch als einen brennenden Trümmerhaufen zurückerobern kann.

Die Situation wäre ganz anders ohne die verfluchte Spaltung. 108 Sozialdemokraten sitzen im Reichstag, zugleich zogen 75 Unabhängige in ihn ein, von diesen gingen dann 24 zu den Kommunisten über, 14 spalteten sich später wieder von diesen ab. Alles in anderthalb Jahren. Hätten die 108 Sozialdemokraten und die 75 Unabhängigen einen einheitlichen Block von 183 Mann gebildet, dann wäre heute das Angstgeschrei nicht nötig: „Stinnes vor den Toren!"

Stinnes steht den Toren so nah oder ist von ihnen so weit entfernt, wie es den Unabhängigen beliebt. Die Unabhängigen brauchen am Mittwoch nur zu erklären, daß sie zwar das Verhalten der Regierung im Eisenbahnerstreik noch wie vor kritisch beurteilten, daß es ihnen aber jetzt darum gehe, die Bildung einer reaktionären Katastrophenregierung zu verhindern, und daß sie darum den Antrag Marx-Petersen-Müller annähmen, und das ganze Stinnes-Gespenst ist zerronnen. Dann würden sich die Unabhängigen eine Machtposition geschaffen haben und sie könnten uns helfen, dafür zu sorgen, daß bei der Liquidierung des Eisenbahnerstreiks, entsprechend dem Versprechen Wirths, keine Rachepolitik getrieben wird. Helfen sie aber am Mittwoch der Rechten, die Regierung zu stürzen und kommt infolgedessen eine Scharfmacherregierung ans Ruder, dann können sich die Beamten und die Arbeiter für alles, was daraus wird, bei der USP. bedanken.

Wenn also die „Freiheit" voll Schrecken ruft: „Stinnes steht vor den Toren!", so können wir darauf nur antworten: „Laßt ihn doch nicht herein!"

*

Natürlich ist die Presse angefüllt von Betrachtungen über die Entscheidung am Mittwoch und mit Vermutungen über ihren Ausgang. Dabei wiegt die Meinung vor, daß das von den Regierungsparteien beantragte Vertrauensvotum mit einer wenn auch knappen Mehrheit angenommen werden wird. Die Rechtspresse tröstet ihre Leser jetzt schon damit, daß Wirth mit einer so geringen Mehrheit, wie er sie erhalten würde, nicht mehr lange werde regieren können.

Da das Verhalten der Regierungsparteien auf der einen Seite, der äußersten Rechten und der äußersten Linken, auf der anderen eindeutig bestimmt ist, interessiert man sich besonders für die Bayerische Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Unabhängigen. Von der ersten will der „Lokal-Anzeiger" wissen, sie werde die Abstimmung freigeben, und dann würden etwa fünf Mann für das Vertrauensvotum stimmen, die anderen sich enthalten. Die Deutsche Volkspartei zeigt in ihrem offiziellen Organ, der „Zeit", äußerste Kampfbereitschaft. Man findet da folgende Erklärung:

Von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei kann man jedenfalls mit aller Sicherheit behaupten, daß sie auch nicht einen Buchstaben ihres Mißtrauensvotums preisgeben wird, und daß Herr Dr. Wirth, wenn am nächsten Mittwoch die Vertrauensfrage gestellt wird, von ihr mit aller Sicherheit ein Nein erhalten wird.

Die „Dena" will erfahren haben, daß die Fraktionssitzung der Volkspartei am Sonnabend sehr erregt verlaufen sei. Herr v. Kardorff sei in temperamentvoller Weise für die Regierung eingetreten und habe auf die unabsehbaren Folgen einer Krise hingewiesen, aber nur ein einziger Mann, ein Beamtenvertreter, habe ihn unterstützt. Daß gerade ein Beamtenvertreter für die Regierung eingetreten sein soll, ist bemerkenswert und durchaus wahrscheinlich, denn die Beamten haben ja von einem Regierungswechsel in diesem Augenblick das wenigste Gute zu erwarten.

Von den Unabhängigen war schon oben ausführlich die Rede. So bleibt nur noch hervorzuheben, daß es auch bei den Deutschnationalen einige Meinungsverschiedenheiten zu geben scheint, wenn auch natürlich nicht über die Abstimmung zum Vertrauensvotum. Die „Deutsche Zeitung" ist nämlich sehr erbost darüber, daß die deutschnationale Fraktion dem Antrag des Zentrums, die Entscheidung auf Mittwoch zu vertagen, zugestimmt hat. Sie meint, es wäre famos gewesen, die Regierung zu stürzen, während ihre Anhänger wegen des Eisenbahnerstreiks nicht in Berlin sein konnten, und sie findet den Verzicht der Deutschnationalen auf ein solches Manöver ein wenig schlapp.

Englische Stimmen zur deutschen Krise.

London, 13. Februar. (WTB.) Der Berliner Berichterstatter der „Morningpost" schreibt, niemand nehme an, daß, falls die Regierung Wirth stürzen sollte, die Rechtsparteien oder die Linksparteien eine Kombination bilden könnten, die stark genug wäre, um die neue Regierung zu unterstützen. Es sei klar, daß eine solche Regierung sofort mit den Alliierten in Konflikt geraten würde. — Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Dr. Wirth habe mehr als alle früheren deutschen Regierungen und Minister zusammengenommen getan, um in Westeuropa das Vertrauen zur deutschen Politik wieder ins Leben zu rufen, ohne das eine Wiederherstellung der normalen und gesunden Beziehungen in Europa unmöglich ist. — Der Berliner Berichterstatter der „Daily News" erwartet, daß Dr. Wirths Stellung durch die Abstimmung am Mittwoch gestärkt werden wird.

Konrad Haußmann gestorben.

Eines der dienstältesten Mitglieder des Reichstags ist in der Nacht zum Sonntag gestorben: Konrad Haußmann, der Stuttgarter Anwalt und alte süddeutsche Demokrat. Er erlag, 65jährig, einer Lungenentzündung. Seit 1890 gehörte Haußmann dem Reichsparlament an, sowohl dem alten Reichstag wie der Nationalversammlung wie auch dem ersten republikanischen Reichstag. Aus einer alten schwäbischen Politikerfamilie stammend, schloß er sich gemeinsam mit seinem Zwillingsbruder Friedrich Haußmann schon früh der damaligen Süddeutschen Volkspartei an. Nach ihrer Vereinigung mit den Freisinnigen gehörte er zur „Fortschrittlichen Volkspartei" und seit der Revolution zur Deutschdemokratischen Partei. Er gehörte zu den wenigen alten und echten Demokraten, die im kaiserlichen Deutschland bekanntlich nur sehr dünn gesät waren. Beim Zusammenbruch trat er in die Regierung des Prinzen Max von Baden als Staatssekretär ohne besonderes Amt ein, eine Tätigkeit, die selbstverständlich mit dem Ausbruch der Revolution beendet war. In der Verfassunggebenden Nationalversammlung war Haußmann Vorsitzender des Verfassungsausschusses und hat durch seine sachkundige und geschickte Leitung die schwierigen Verhandlungen wesentlich gefördert. Im Reichstag genoß der Verstorbene allgemeine Sympathie, der auch der Reichstagspräsident, Genosse Löbe, in einem Beileidstelegramm an die Witwe Haußmanns Ausdruck gab.

Es kennzeichnet ganz die politische Richtung Haußmanns, wenn er als einer der ersten der bürgerlichen Parlamentarier sich dazu entschloß, gemeinsam mit den Sozialdemokraten internationale Beziehungen mit den friedensfreundlichen Parlamentariern, besonders Frankreichs, anzubahnen. So nahm er an den von Ludwig Frank angeregten deutsch-französischen Parlamentarierkonferenzen teil, die im Jahre vor dem Kriegsausbruch auf Schweizer Boden stattfanden, um die Annäherung der beiden Länder vorzubereiten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schrieb an den Vorstand der demokratischen Fraktion:

„Zum Tode Ihres Konrad Haußmann sagen wir der Fraktion der Deutschdemokratischen Partei unser herzliches Beileid. Konrad Haußmann wird als Förderer der Demokratisierung in der Uebergangszeit zur deutschen Republik in der Geschichte fortleben."

Der Reichspräsident hat an die Witwe Konrad Haußmanns nachstehendes Beileidstelegramm gerichtet:

„Zu dem Tode Ihres von mir hochverehrten Gatten spreche ich Ihnen und Ihren Kindern meine herzliche Teilnahme aus. Die großen Verdienste, die sich der Verstorbene in seiner dreißigjährigen parlamentarischen Tätigkeit und durch seine hervorragende Mitarbeit an der Lösung der Fragen der neuen Gesetzgebung, insbesondere der Reichsverfassung, erworben hat, sichern seinem Namen ein dauerndes Andenken."

Nachfolger Haußmanns im Reichstage wird der demokratische Handwerkskammersyndikus Hermann, der auch schon der Nationalversammlung angehörte.

Gerlachs Austritt.

Der Politiker Helmut v. Gerlach, ein Mitbegründer der Demokratischen Partei, hat jetzt seinen Austritt aus dieser Partei erklärt. Wie er in der „V. a. M." mitteilt, hätten verschiedene Ausschlußanträge gegen ihn vorgelegen, die mit der Kritik Gerlachs an dem Verhalten der Demokratischen Partei begründet waren.

Von Gerlach bemerkt hierzu, daß er zwar die Begründung der Ausschlußanträge nicht für ausreichend gehalten habe, auch sonst den politischen Kampf nicht scheue. Aber er kämpfe nur dann, wenn das Objekt ihm lohnend erscheine. Das sei hier nicht der Fall. Deshalb habe er seinen Austritt aus der Demokratischen Partei vollzogen. Ueber sein Verhältnis zu der Demokratischen Partei schreibt er:

Mit großer Freude habe ich gleich nach der Revolution an der Begründung der Deutschen Demokratischen Partei teilgenommen und ihren Gründungsaufruf unterschrieben, wie ich ihn auch heute noch Wort für Wort billige. Aber die Entwicklung der Demokratischen Partei hat in jeder Beziehung meine Erwartungen enttäuscht. Weder in bezug auf Pazifismus noch auf Sozial- oder Steuerpolitik, noch auch nur auf die Vertretung des demokratisch-republikanischen Standpunkts (ich erinnere an die Flaggenfrage und die Haltung der bayerischen Demokraten) hat sie meines Erachtens die Pflichten erfüllt, die einer radikal-bürgerlichen Partei obliegen. Die Intoleranz der Partei gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratie und ihr Liebeswerben um die Deutsche Volkspartei schienen mir gleich charakteristisch dafür, wie die Deutsche Demokratische Partei steht, und wie eine Partei der äußersten bürgerlichen Linken nicht stehen soll.

Am Schluß betont Gerlach, daß er nach wie vor überzeugter Demokrat bliebe und in der konsequenten Demokratie das politische Heil Deutschlands und der Menschheit erblicke.

Nochmals Marburg—Mechterstedt!

Vor dem Ersten Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig findet am heutigen Montag, wie Korrespondenz B. S. meldet, die Revisionsverhandlung in dem letzten der bekannten Marburger Studentenprozesse statt. Die ehemaligen Angehörigen des während der Kapp-Unruhen in Thüringen im März 1920 aufgestellten Marburger Studentenkorps, Referendar Dr. Göbel, und die Studenten Jonas und Gördt hatten sich im Februar vorigen Jahres vor der Strafkammer in Kassel wegen Mißhandlung einiger von ihnen während der Kämpfe in Thüringen gefangen genommenen Arbeiter zu verantworten, doch wurde das Verfahren gegen sie damals auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 eingestellt. Zwei der Angeklagten, und zwar Göbel und Jonas, waren mit einer Reihe ihrer Kommilitonen bereits im Jahre 1920 wegen der Erschießung einer Anzahl von Gefangenen auf der Chaussee Eisenach—Gotha angeklagt gewesen, sie wurden aber sämtlich, wie erinnerlich, sowohl vor dem Kriegsgericht als auch vor dem Schwurgericht in Kassel freigesprochen. Gegen die Anwendung des Amnestiegesetzes im Mißhandlungsprozeß hatte Rechtsanwalt Theodor Liebknecht als Rechtsbeistand der als Nebenkläger zugelassenen mißhandelten Arbeiter, die zu demselben Gefangenentransport gehörten, in dem sich auch die auf der Flucht erschossenen Gefangenen befanden, Revision beim Reichsgericht angemeldet. Wir werden über den Ausgang der Verhandlung berichten.

Ein deutschnationaler Geschichtsfälscher. Das „B. T." veröffentlicht eine interessante Zuschrift des bekannten Professors Hans Delbrück. Der alldeutsche Geschichtsprofessor Dietrich Schäfer hat in einem seiner Bücher geschrieben: „Ein deutscher Professor habe während des Krieges verkündet, es wäre ein Unglück, wenn Deutschland über England siegen würde." Da diese Worte von gewisser Seite auf Delbrück bezogen wurden, so hat dieser bei Schäfer inzwischen angefragt. Schäfer hat geantwortet, daß er Delbrück nicht gemeint habe. Wen er aber eigentlich gemeint habe, das hat Schäfer bis heute nicht gesagt. — Herr Schäfer wollte gewiß mit diesem Satz seine Eignung zu „exakter wissenschaftlicher Geschichtsforschung" demonstrieren.

Die erste Vollsitzung der oberschlesischen Schlußverhandlungen in Genf ist Dienstag nachmittag.

Wie ruiniert man einen Staat?

Von Hans Klabautermann.

Erste Kapazitäten haben sich die erdenklichste Mühe gegeben, das blühende Deutsche Reich kaputt zu machen. Es ist eine mühevolle Arbeit. Die Diplomaten hatten es verhältnismäßig leicht. Das Studium der Geschichte und der Staatskunst zeigte ihnen, welche Methoden falsch sind und wie man einen Staat in kurzer Zeit an den Rand des Abgrundes bringen kann. Da sie meist von gekrönten Häuptern in ihrem Streben unterstützt wurden, gelang es ihnen durch planmäßige Anwendung dieser Methoden, dem hohen Ziel näherzukommen. Tatkräftige Hilfe wurde ihnen auch von seiten bewährter Staatsmänner, besonders der Minister für das Auswärtige und für die Finanzen. Die gebildeten Kreise machten stets aus ihrem Unwillen kein Hehl, wenn zufällig einmal ein fähiger Mann ans Ruder kam — bis in die jüngsten Tage hinein. Man denke nur an Rathenau. Das Beispiel Helfferich zeigt, wie durch geniale Organisation eines seit Jahrzehnten als verfehlt anerkannten Systems die Staatsfinanzen in bemerkenswert kurzer Zeitspanne in den Zustand heilloser Zerrüttung geraten. Wenn die Anstrengungen solcher Männer nicht ausreichten, zog man hohe Militärs zu Rat, die sogar ihre Nachtruhe opferten, wenn es galt, irgendwelche Erfolge aus der Welt zu schaffen. Diese Leute hatten es am leichtesten. Sie brauchten sich nur in die Politik einzumischen, und die Karre war völlig verfahren. Die unbestreitbare Tatsache entbehrt allerdings des logischen Kausalzusammenhangs. Denn obwohl unbestritten die Politiker von Politik auch nichts verstanden, hatten sie es lange nicht so gut heraus, internationale Verwicklungen unentwirrbar zu verknäueln. Das deutsche Volk hat aber ein zähes Leben wie ein Aal. Es hielt recht schwer, es klein zu kriegen. Da verfiel die Generalität auf eine glänzende Idee. Millionen wußten und hatten es an ihrem eigenen Leib gemerkt, daß man es von außen her mit einer neuen Art Kriegführung versuchte. Zu dem militärischen Krieg war der Wirtschaftskrieg gekommen. Die Generäle hielten aber an ihrem alten Stiebel fest und schlugen siegreiche Schlachten nach klassischem Muster. Der Wirtschaftskrieg bestand für sie einfach nicht. Außerdem drangen sie darauf, zur See eine Art der Kriegführung anzuwenden, die Deutschland militärisch zwar nur wenig, aber wenigstens politisch nennenswerten Schaden verursachte. Nachdem es ihnen auf diese Weise glänzend gelungen war, großartige militärische Erfolge ohne den geringsten Nutzeffekt für Deutschland zu erzielen, machte ihnen plötzlich ihre Aufgabe keinen Spaß mehr, und sie überließen die Arbeit, das Reich zu zermürben, der Entente, indem sie Hals über Kopf ihren Siegeszug durch ein kurzfristiges Waffenstillstandsverlangen abbrachen. Der Entente, vornehmlich Frankreich, blieb es vorbehalten, der deutschen Wirtschaft empfindlich an die Gurgel zu fahren. Aber Deutschland röchelte immer noch. Auch Herrn Generallandschaftsdirektor Kapp glückte es trotz der Mitarbeit hervorragender Männer nicht, die Siegespalme in dem Ringen um die Vernichtung Deutschlands zu erwerben.

Neuerdings packt man die Aufgabe von anderer Seite an. Wenn alle Zimperlichkeit beiseite gelassen wird, ist es schon möglich, bessere Erfolge in der Erdrosselung der deutschen Republik zu erzielen. Die Streiks werden nicht rücksichtslos genug und in zu unregelmäßigen Zeiträumen durchgeführt. Das sollten sich die Streikausschüsse gesagt sein lassen. Man darf nicht aus der Uebung kommen. Da tut eine großzügige Organisation not. Jeden Tag muß eine neue Berufsgruppe in den Streik treten. Die zurzeit nicht streikenden Verbände müssen in steter Kleinarbeit das Streiken üben und damit ihre politische Reife dokumentieren. Einige Hinweise werden von Nutzen sein. Den Ausschlag hat einzig und allein die Erfolgsaussicht zu geben. In diesem Sinne sind die folgenden Beispiele zu bewerten. Für die Bedienung des Förderkorbes eines Bergwerks ist es ratsam, in dem Augenblick in den Streik zu treten, in dem sich die Insassen gerade in halber Höhe befinden. Da sie entweder wieder nach oben oder nach unten müssen, werden die Forderungen der Bedienungsmannschaft zweifellos erfüllt. Die Feuerwehr hat ihre Arbeit einzustellen, sobald sie an der Brandstelle eingetroffen ist. Am besten eignen sich solche Brände, bei denen Menschenleben in Gefahr sind. Für den Chirurgen ist es eine Kleinigkeit, seine Forderungen beliebig hochzuschrauben, wenn er seine Operation nach den ersten Schnitten unterbricht.

Wir hoffen, daß künftig moralische Ueberlegungen nicht mehr angestellt und Gewaltmaßnahmen an die Stelle von Vernunft und Recht gesetzt werden, damit wir möglichst bald in den bewährten Anschauungen des Mittelalters leben.

Mittelalterliches von amerikanischen „Universitäten". Ein Kampf gegen die Freiheit der Wissenschaft wird gegenwärtig an einigen Universitäten Amerikas geführt. Nun sind es allerdings nicht die besten Hochschulen, an denen dies geschieht. An erster Stelle steht die Universität von „Zion City", der Hauptstadt jener religiösen Sekte, deren „Prophet" heute ein gewisser Wildur Boliva ist. In Zion City soll jetzt an allen Unterrichtsanstalten gelehrt werden, daß die Erde flach ist. Das in dieser Stadt als allein richtig anerkannte Weltbild greift auf das tiefste Mittelalter zurück. Alle Kinder und Studenten werden von jetzt ab lernen, daß der Himmel eine große Kuppel aus festem Material ist, an der die Sonne und alle Sterne als Lichter aufgehängt sind. Die Ränder dieser Kuppel ruhen auf einer Eisenmauer, die um die tellerflache Erde herumgeht, um zu verhindern, daß die Seefahrer von den Rändern herunterfallen. Die Sonne ist unfähig, dieses Eis zu schmelzen, weil sie nur ein 60 Kilometer im Durchmesser umfassender Körper ist und 5000 Kilometer von der Erde entfernt. Ernster zu nehmen ist schon ein Gesetz, das bei der Regierung von Kentucky eingebracht worden ist und das Lehren der Darwinschen Theorie verbietet. Der bekannte Politiker Bryan hat sich zum Vorkämpfer dieser Bewegung gemacht und hält überall im Lande Reden über die Gottlosigkeit der Entwicklungslehre. Die Landkreise von Kentucky sind für das Gesetz, während in den Stadtkreisen, und besonders bei den Vertretern der Universität von Kentucky, ein heftiger Widerstand dagegen besteht, daß man eine doch immerhin schon allgemein bekannte Anschauung wie die Darwins einfach aus dem Lehrplan streicht. Der Präsident der Universität hat die sämtlichen amerikanischen Universitäten zum Protest gegen diesen „geistigen Selbstmord" aufgefordert.

Fortsetzung der Shackleton-Expedition. Kapitän Hussey telegraphiert der „Daily Mail" aus Montevideo die letzten Nachrichten über die trotz dem Tode Shackletons fortgesetzte antarktische Expedition. Am 16. Januar hat die „Quest" Süd-Georgien verlassen, um sich gegen das Polareis zu wenden. Kommandant Wild hat die Absicht, sich nach Osten zu wenden, um dann zur antarktischen Küste nach Süden vorzudringen. Alsdann wird er gegen Westen zurückkehren, um Ende März Süd-Georgien wieder zu erreichen. Dann wird er die Fahrt nach den Inseln Tristan da Cunha und Gough fortsetzen, um im Juni oder Juli das Kap der guten Hoffnung zu erreichen. Hier wird Kapitän Wild die Weisungen aus England abwarten, um zu erfahren, ob er die Expedition fortsetzen soll. Die Eisverhältnisse sind dieses Jahr nicht günstig, so daß Kommandant Wild vielleicht erst nächstes Jahr weit genug nach Süden vordringen kann.

Neue Radiumquellen? Aus Brüssel wird gemeldet: Eine Persönlichkeit, die aus dem belgischen Kongogebiet zurückgekommen ist, hat erklärt, daß in der Ebene von Katanga ein radiumhaltiges Mineral entdeckt worden ist, dessen Radiumgehalt weit größer sei, als der gegenwärtig in Amerika ausgebeuteten Mineralien. Es könne fast zu ebener Erde gewonnen werden. Eine Fabrik sei gegenwärtig im Bau begriffen, die jährlich 30 Gramm Radium gewinnen zu können glaubt.

Die Hast des Großstädters als Todesursache. Ein anschauliches Bild von dem Leben des heutigen Neuyorkers ist in einem Bericht des Gesundheitskommissärs dieser Stadt enthalten, der die Zunahme von Todesfällen infolge von Herzschlag gegenüber dem letzten Jahre zu erklären sucht. „Er ist stets auf dem Trab," besagt der Bericht, „vom Aufstehen bis zum Schlafengehen hetzt er sich ab. Er eilt die Treppen der Untergrundbahn hinauf, immer zwei Stufen auf einmal. Die Transportmittel sind so überfüllt, daß er bei drei Fahrten höchstens einmal einen Sitzplatz erwischt. Er ist nervös, auch wenn er ausruhen kann. Er verschlingt seine Mahlzeiten in aller Hast, und wenn er spät abends nach einer langen Fahrt in der Untergrundbahn gerade zur Zeit des ärgsten Andrangs bei Theaterschluß heimkommt, so hat er den Tag über auch nicht einen einzigen Augenblick Ruhe gehabt." — Die Zahl von Todesfällen infolge von Herzschlag ist in der Stadt New York von 11 364 im Jahre 1920 auf 12 008 im Jahre 1921 gestiegen. Dies ist bei weitem die stärkste Zunahme, die eine einzelne Todesart erfahren hat, und um so auffälliger, als im übrigen der Gesundheitszustand der Neuyorker ein sehr guter ist und die Sterblichkeitsrate für 1921 eine der niedrigsten war seit Bestehen der Stadt.

Volks-Symphoniekonzerte im Großen Schauspielhaus. Das erste Volks-Symphoniekonzert des Großen Schauspielhauses findet Sonntag, den 26., 11½ Uhr, statt. Programm: Beethoven, Egmont-Ouvertüre und Violinkonzert, Schubert, C-dur-Symphonie. Dirigent: Klaus Reinsheim, Solist: Georg Kulenkampff-Kolt. Kartenverkauf durch die Gewerkschaftskommission im Gewerkschaftshaus, Engelufer 25, sowie in den meisten größeren Betrieben.

Die Roßbacher Bande.

In der „Welt am Montag" veröffentlicht ein ehemaliges Mitglied des Freikorps Roßbach, namens Martin Richter, einen ausführlichen Bericht über das Treiben dieser Banden in Oberschlesien. Er entspricht durchaus dem, was unsere Leser bereits aus diesen Spalten wissen, wo wir eine ganze Reihe einzelner Exzesse und Ueberfälle mit genauer Angabe des Ortes, der Zeit und Person mitgeteilt haben. Als „Kulturbild" teilen wir folgende Absätze aus den Schilderungen des ehemaligen Roßbachmannes mit

Gar viel zu leiden hatten manche Bauern in Kostelitz, Radlau, Alt-Karmunkau, Friedrichswille usw., kurz in der ganzen Umgebung. In allen möglichen Verkleidungen, mit geschwärzten oder mit Maske versehenen Gesichtern gingen die Roßbach-Leute, auch die Bischdorfer, wie ich mich persönlich überzeugen konnte, zu den Bauern, um angeblich nach Waffen zu suchen, wozu noch nie einer den Auftrag erhalten hatte. Waffen wurden natürlich nie gefunden, was ja auch Nebensache war, denn, **was sie suchten, war Geld, und das wurde mit Hilfe der Gummiknüppel und Karabiner, welche eine Wünschelrute voll ersetzen, meist auch gefunden.** Und die Apo in Kostelitz sah nichts. Die Apo-Beamten in Sternalitz, die ich schon erwähnte, werden sich sehr gut an die Raubüberfälle und Schießereien erinnern können.

Fand irgendwo im Dorf eine Hochzeit statt, fanden sich auch alsbald einige schwer bewaffnete Roßbach-Leute ein auf dem Tanzboden. Die Gastwirte waren meistens froh, wenn sie Reibereien vermeiden konnten, dadurch, daß sie die Kerls umsonst bewirteten. Jeder zweite Tanz beinahe wurde von ihnen „beschlagnahmt". Ab und zu stellten sich die „Herren" im Saale auf: Heil dir im — —, das sog. Roßbach-Lied usw. Nahm einer der Gäste Anstoß, **hatte der Friede ein Ende und die Fröhlichkeit der armen Leute auch.** Die Gastwirte in Radlau, Kostelitz und Friedrichswille können ein Lied davon singen.

Amüsiert habe ich mich über eine Dame, die sonderbar veranlagt scheint. Es war eine „Frau Hauptmann" Fleck, die öfter zu uns im Auto kam mit Offizieren, die sie fuhr. Sie trug Offiziersuniform, Breeches, Gamaschen, ließ sich von uns Ehrenbezeugungen machen wie ein Offizier. Es war angeblich eine geschiedene Frau, die ihren Wagen den Herren Offizieren zur Verfügung stellte.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den Schilderungen Richters. — Durch ein raffiniertes Lohnabzugssystem werden auch die Leute gezwungen, bei dem Freikorps zu bleiben, die sich gern von dieser Gesellschaft lösen wollen. Dazu treten dann noch persönliche Bedrohungen. Natürlich blüht auch der Waffenschmuggel bei dieser Gesellschaft. Am Schluß **teilt der Einsender mit, daß nach seiner festen Ueberzeugung trotz der Auflösung des Freikorps Roßbach dieses ebenso weiterbesteht, wie seine Werbestellen in Breslau und Wannsee.** — Das stimmt, nur haben sie sich jetzt als „Detektivbureau" maskiert.

Die Disziplinierung der Eisenbahnbeamten.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter hielt Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, zu der Vertreter aus allen Teilen des Reiches erschienen waren. Der Zweck der Aussprache war, festzustellen, in welchem Umfange in den einzelnen Eisenbahndirektionen Maßregelungen nach dem Streik oder Disziplinierungen von Beamten vorgenommen worden sind. Besonders lebhafte Klage wurde von einer Anzahl Beamtenvertreter darüber geführt, daß über den Rahmen der vom Reichsverkehrsminister Groener angekündigten Verfahren nunmehr auch Anträge auf Einleitung von Disziplinierungen von den Direktionspräsidenten oder anderer Dienststellenleiter gestellt worden seien. Im Direktionsbezirk Frankfurt a. M. seien allein 5000 Verfahren gegen Beamte beantragt worden. In Berlin betrage die Zahl der Disziplinierungen annähernd 90. Insgesamt sei die Zahl der Anträge auf Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung oder der Kündigungen bei vertraglich beschäftigten Eisenbahnern auf etwa 30 000 einzuschätzen.

Die Reichsgewerkschaft hat heute dem Reichskanzler eine Eingabe überreicht, in der der Kanzler gebeten wird, dafür Sorge zu tragen, daß die Disziplinierungen sich im Rahmen der vom Kabinett aufgestellten Richtlinien halten. Weiter heißt es in der Eingabe, daß das bisherige Vorgehen der nachgeordneten Dienststellen bei den Eisenbahnern große Erregung hervorgerufen habe und daß, falls die Regierung nicht für Abhilfe sorge, mit neuen örtlichen Aktionen gerechnet werden müsse.

Die „Unverantwortlichen".

In Berlin verbreitet die Deutschnationale Volkspartei ein Flugblatt, das aus dem Streik der Eisenbahner und der städtischen Arbeiter Kapital für die Reaktion zu schlagen sucht. Natürlich ist an jedem Uebel nur die Sozialdemokratie schuld. Es heißt in dem Flugblatt:

Kann überhaupt eine Regierung, in der Sozialdemokraten ausschlaggebenden Einfluß haben, einen Streik ehrlich verurteilen? . . . Hat nicht die Sozialdemokratie überhaupt seit Jahrzehnten den Klassenkampf gepredigt, das Berufsbeamtentum bekämpft und damit in ihren Anhängern und Nachläufern jeden gesunden Staatsgedanken ertötet? Wenn heute sogar die Beamtenschaft teilweise ihre Pflicht dem Volksganzen gegenüber aufs größte verletzt, so ist allein die Sozialdemokratie dafür verantwortlich zu machen. . . . Hat nicht die Deutschnationale Volkspartei recht gehandelt, wenn sie jedes Paktieren mit den Zerstörern des Staates, den Sozialisten, entschieden abgelehnt hat?

Dieses Selbstlob der Deutschnationalen erfährt eine eigentümliche Beleuchtung durch die Feststellung, die der Unabhängige Abgeordnete Dittmann im Reichstag machte, daß nämlich eine Anzahl deutschnationaler und volksparteilicher Reichstagsabgeordnete der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner angehören, und **daß die Streikmehrheit der Reichsgewerkschaft aus Anhängern der Deutschnationalen und der Volkspartei bestanden hat.** Auf diese präzisen Feststellungen hat die „Deutschnationale Parteikorrespondenz" nur mit allgemeinen Phrasen geantwortet, in denen aber — und das ist das Entscheidende, — kein Dementi der Behauptungen enthalten ist, daß die deutschnationalen Mitglieder der Reichsgewerkschaft an dem Streikbeschluß beteiligt waren.

Der Fall Oerter. In der „Braunschweigischen Landeszeitung" veröffentlicht der Großfabrikant Wemmel in Hehlen eine eidesstattliche Erklärung, daß er den bekannten Brief des früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Oerter, in dem dieser für geleistete amtliche Dienste drei Prozent des Reingewinns sämtlicher Wemmelscher Unternehmungen forderte, niemals erhalten und daß Oerter niemals für geleistete Dienste Gegenleistungen von ihm empfangen habe. Oerter hat indessen seinen Parteifreunden bereits zugegeben, daß er den Brief im Entwurf selbst geschrieben habe. Darin hat die USP.-Leitung selbstverständlich die Absicht des Absendens erblickt und die Folgerungen daraus gezogen. An der Gesinnung wird durch die Nichtabsendung natürlich auch gar nichts geändert.

Großfeuer im Ostbahnhof.

Speichervorräte an Lebensmitteln vernichtet.

Zum zweitenmal in dieser Periode strengen Frostes wird Berlin von einem großen Brande heimgesucht. Seit heute früh 3¾ Uhr stehen die Anlagen des Ostbahnhofes am Küstriner Platz in hellen Flammen. Hier befinden sich große Speicher mit Lebensmitteln und anderen Vorräten. Zahlreiche Feuerwehren sind zur Stelle und mit dem Ablöschen des Brandes beschäftigt. Der Schaden ist vorläufig unübersehbar.

Der Ostbahnhof dient jetzt als Speicher für Mehl, Erbsen und andere Hülsenfrüchte. Mitten in der alten Personenbahnhofshalle ist ein leicht gebauter Tanzsaal errichtet, der mit recht luftigen und leicht brennbaren Girlanden, wie sie bei Backdiersesten üblich sind, ausgeschmückt ist. Die Decke des Tanzsaales dient auch zur Ausschmückung und besteht aus der Decke der ehemaligen Empfangshalle des Bahnhofes. Die Speicherräume schließen sich an. Das Feuer wurde zuerst in diesen Räumen bemerkt und hatte dort an den Speichervorräten reiche Nahrung gefunden. Als der 7. Löschzug an der Brandstelle ankam, hatten die Flammen schon eine solche Ausdehnung erreicht, daß „Mittelfeuer" an sämtliche Wachen gemeldet wurde. In kurzer Zeit waren etwa 30 Fahrzeuge versammelt. Von allen Seiten wurde kräftig angegriffen, wobei Steckleitern benutzt wurden, um an den Brandherd heranzukommen. Mit den Rohren der Motorspritzen wurde der Angriff eröffnet, und es gelang, den Tanzsaal mit seinen leicht gebauten Kojen zu schützen. Schwieriger war die Löschung des Speicherbrandes. Stundenlang mußte Wasser gegeben werden, bevor die Gefahr als beseitigt gelten konnte. Um 7¾ Uhr wurden die Löschzüge abgelöst. Die vollständige Ablöschung und Aufräumung dürfte im Laufe des Tages beendet sein. Der Schaden ist natürlich erheblich, läßt sich aber noch nicht übersehen, weil mehrere Produktenhandlungen, der Fiskus u. a. betroffen worden sind.

Das Wahrzeichen des Ostens.

Hat man sich auf einer Straßenbahnfahrt nach dem Berliner Osten durch den „Grünen Weg" hindurchgewunden, so kommt man auf den weiträumigen Küstriner Platz, dessen Hintergrund von einer mächtigen monumentalen Fassade älteren Stils beherrscht wird. Es ist das die Kopfseite des ehemaligen Ostbahnhofs, der vor etwa 30 Jahren den Bahnverkehr über Schneidemühl—Bromberg nach West- und Ostpreußen und darüber hinaus nach Petersburg vermittelte. An die verhältnismäßig schmale Kopfseite schließt sich ein etwa 300 Meter langes Empfangsgebäude, das nach Süden von der Straße am Ostbahnhof, nach Norden von der Bromberger Straße begrenzt wird. Nach diesen drei Seiten ist der ehemalige Bahnhof frei zugänglich. Die vierte, die Ostseite, bildet den Eingang für die Gütergeleise, die wiederum einen Teil des riesigen etwa 800 000 Quadratmeter großen Geländes bilden, daß der Schlesischen Güterbahnhof einnimmt und von der Mühlen-, Frucht-, Werschauer und Bromberger Straße begrenzt wird. Der alte Ostbahnhof ist ein ganz bekanntes Wahrzeichen des östlichen Berlins.

Achtung, Abteilungsvorstände!

Infolge Druckfehlers ist in der gestrigen Sonntagsausgabe des „Vorwärts" statt Funktionärinnen-Konferenz von Funktionär-Konferenz gesprochen.

Die angesetzte Abteilungsvorstands-Sitzung findet wie angegeben in den Arminhallen um 6 Uhr statt.

Der wiedererwachende Eisenbahnverkehr.

Die Stadtbahnzüge noch ohne Beleuchtung.

Die Wiederkehr der Ordnung im Eisenbahnbetriebe macht langsame Fortschritte. Der regelmäßige Fahrplan konnte bisher auf den Fernstrecken noch nicht aufgenommen werden; noch immer fallen eine Anzahl, wenn auch weniger wichtige Züge aus. Trotzdem verkehren schon etwa 80 v. H. aller von Berlin ausgehenden Fernzüge, von denen die meisten Schnellzüge wieder in die täglich berichtigten Fahrpläne aufgenommen worden sind. — Der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr, der gestern wieder im Zeichen des Rodel- und Eissportes stand, ist regelmäßig, wenn auch an einzelnen Stellen noch Verspätungen aufgetreten sind, die jedoch mehr auf den Massenandrang zurückzuführen waren, als auf Folgen des Streiks. Da die Gasversorgung noch nicht in vollem Umfange aufgenommen werden konnte, so waren auf einer ganzen Reihe von Bahnhöfen in den Abendstunden noch die Notbeleuchtungen im Gange, während die Eisenbahnzüge des Vorortverkehrs noch zum Teil unbeleuchtet gefahren werden mußten. Die Aufnahme der Preßgasbereitung wird bei ausreichender Belieferung der Preßgasanstalt in Strelau-Rummelsburg voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages erfolgen können, so daß damit zu rechnen ist, daß die Zugbeleuchtung von morgen ab wieder in Ordnung kommt. — Der Güterverkehr ist in verstärktem Maße aufgenommen worden, so daß ein großer Teil der Gütersperren, die infolge des Streikes verhängt werden mußten, wieder aufgehoben werden konnte.

Rückerstattung auf Monats- und Wochenkarten.

Aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks soll, wie die Eisenbahndirektion Berlin mitteilt, der auf die Zeit der Nichtbenutzung der Eisenbahnmonatskarten entfallende Fahrpreisanteil (1/30 für jeden Tag) erstattet werden. Die Nichtbenutzungszeit beginnt am 2. Februar und endet mit dem Tag, der der Wiederaufnahme des regelmäßigen Verkehrs vorausgeht (9. Februar). Schriftlicher Reklamationen bedarf es nicht. Die Anträge sind von den Karteninhabern am Monatsschluß persönlich bei der Fahrkartenausgabe anzubringen, wo die Karten gelöst sind. Die Auszahlung der Erstattungsbeträge erfolgt sofort an Ort und Stelle gegen Quittung. Auch für nicht voll ausgenutzte Wochenkarten aus der Woche vom 29. Januar bis 4. Februar kann auf gleichem Wege die Erstattung von drei Siebenteln des Fahrpreises verlangt werden. Solche Anträge können sofort gestellt werden. Wie später gelöste Wochen- und Monatskarten findet keine Erstattung statt. Das Publikum wird gebeten, Reklamationen nur in den verkehrsschwachen Stunden vorzubringen, um unliebsame Verzögerungen und großen Andrang zu vermeiden.

Das Pfund Kartoffeln drei Mark!

Am Sonnabend waren in der Zentralmarkthalle größere Posten Kartoffeln eingetroffen. Der Zentner wurde mit 225 M. angeboten. Die meisten Kleinhändler lehnten ab; sie erklärten, bei solchem Großhandelspreis das Pfund nicht unter 2,75 bis 3 M. verkaufen zu können, und fürchteten, die schwer haltbare Ware nicht loszuwerden. Kaufende Händler hatten Kundschaft an der Hand, die auch für Kartoffeln jeden geforderten Preis zahlt. Noch kein Jahr ist es her, daß zahlreiche Landwirtschaftsverbände erklärten, sie würden den Zentner mit 25 bis 40 M. abgeben, wenn sie die Gewißheit hätten, daß die Kartoffeln unmittelbar in die Verbraucherhände gelangen. Tatsächlich sind auf diesem Wege große Mengen Kartoffeln geliefert worden, aber fast ausschließlich an glückliche Bevorzugte. Die Massen hatten nichts davon. Im vorigen Herbst konnte man unschwer Kartoffeln für 80—90 M. pro Zentner erhalten. In wenigen Monaten ist also der schandbare Wucherpreis schon wieder um 200 Prozent gestiegen, was auch durch die Frachtpreiserhöhung nicht gerechtfertigt wird. Dabei kommen aus anderen Landesteilen fortgesetzt Nachrichten über viel billigere Kartoffelpreise. Es ist unbedingt zu fordern, daß gerade jetzt, wo doch wohl sehr bald die Oeffnung der Kartoffelmieten bevorsteht, dem immer frecheren Treiben der Kartoffelschieber energisch entgegengetreten wird. In vielen Tausenden von Groß-Berliner Familien hat man seit Wochen nicht eine einzige Kartoffel genießen können. Wenn zehn Pfund Kartoffeln und ein Brot fast fünfzig Mark kosten, ist eine neue Periode der Unterernährung und Verelendung nicht abzuwenden.

Die Liebesfalle im Auto.

Kostspielige galante Abenteuer Berliner Droschkenchauffeure kamen in einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I zur Sprache. Angeklagt wegen Diebstahls im strafschärfenden Rückfalle, war die angebliche Schauspielerin Maria Magdalena Kork.

Die schon vielfach, darunter auch schwer mit Zuchthaus vorbestrafte Angeklagte arbeitete mit folgender raffinierter Methode: Sie ließ sich von einem Kraftdroschkenführer nach irgendeinem Hause im vornehmsten Westen fahren, zahlte dort den ordnungsmäßigen Fahrpreis und gab sogar ein besonders gutes Trinkgeld, welches den sonst sehr mürrischen Herren Chauffeuren eine freundlichere Miene abnötigte. Dies hatte die weitere Folge, daß ein Gespräch zustande kam, in welchem die hochelegant gekleidete Dame die Arme sehnsüchtig reckte und dem erstaunt aufhorchenden Chauffeur erzählte, daß sie gern auf allen Luxus, mit dem sie ihr schon in den sechziger Jahren befindliche Gatte umgebe, verzichten würde, wenn — —. Dieses „wenn" führte schließlich dazu, daß der Chauffeur etwa eine Viertelstunde später feststellen konnte, daß bei dem im Wageninnern erfolgten Umarmungen des liebebedürftigen „Autoliebchens" seine — Brieftasche mit der gesamten Tageseinnahme in Höhe von einigen Tausend Mark verschwunden war. — Erst ein Droschkenkutscher Sp., dem seine Kollegen ihr Abenteuer mit der eleganten Diebin erzählt hatten, gelang es, die gefährliche Diebin abzufassen, nachdem er zum Schein auf ihre Lockungen eingegangen war. Das Gericht erkannt auf die niedrigste Strafe von 1 Jahr Zuchthaus, rechnete der Angeklagten aber die volle Untersuchungshaft an.

Auf der Straße erstochen wurde in der vergangenen Nacht der 23 Jahre alte Hilfsmonteur August Salek aus der Wollner Straße 42 von dem Kraftwagenführer Georg Sauermann aus der Demminer Straße 28. Der Täter wurde verhaftet. Sauermann belästigte an der Ecke der Brunnen- und Schönhauser Straße zwei Frauen, die sich mit ihren Ehemännern auf dem Nachhausewege befanden. Es kam zu einem Streit, in dessen Verlauf Sauermann zum Messer griff und dem Hilfsmonteur August Salek einen Stich in die Brust beibrachte. Passanten brachten den Verletzten nach dem Lazarus-Krankenhaus, wo der Arzt nur noch den Tod festzustellen vermochte. Der Messerheld wollte jetzt verschwinden, wurde aber von Passanten verfolgt und von hinzukommenden Beamten der Schutzpolizei festgenommen und nach der Weddingwache gebracht.

„Deutschland, Deutschland über alles". In der vergangenen Nacht kam es in den Rheinischen Winzerstuben in der Französischen Straße zu einem unangenehmen Zwischenfall. Als die Kapelle das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" spielte, erhoben sich sämtliche Gäste von ihren Plätzen bis auf einen Herrn V. aus Niederschöneweide. Als die anderen Gäste ihn zur Rede stellten und sich auf ihn stürzen wollten, zog V. einen Revolver aus der Tasche, um die Angreifer abzuwehren. Auf Veranlassung der Geschäftsleitung wurde V. festgenommen und nach der Kupfergrabenwache geführt. Hier wies er einen Waffenschein vor und wurde, nachdem seine Persönlichkeit festgestellt worden war, wieder entlassen.

Ein sehr seltener Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag in einer „Elektrischen". Als gegen 2 Uhr ein Straßenbahnwagen der Linie 8 durch die Mecklenburgische Straße fuhr, ertönte plötzlich infolge der Explosion des Luftkessels ein heftiger Knall. Sämtliche Fensterscheiben des Straßenbahnwagens zersprangen und zwei Fahrgäste, ein Fräulein Elisabeth Geldermann aus Wilmersdorf, Geisbergstraße 29, und ein Fräulein Auguste Trappe, ebenfalls aus Wilmersdorf, Holsteinische Str. 18, erlitten erhebliche Verletzungen im Gesicht, am Kopfe und am Rücken. Die beiden Verletzten wurden nach Anlegung von Verbänden zu einem Arzt gebracht.

Im Zoologischen Garten ist ein Mungos angekommen, eine kleine Schleichenart aus Indien. Das unscheinbare, graubräunlich gefärbte Tierchen ist ein äußerst gewandtes und bewegliches kleines Raubtier, das mit Vorliebe Schlangen nachstellt und sogar vor der gefährlichen Cobra oder Brillenschlange nicht zurückschreckt. Deshalb wird es in seiner Heimat vielfach gezähmt im Hause gehalten.

Die Schulferien 1922. Für Groß-Berlin sind die Schulferien für das Schuljahr 1922/23 wie folgt festgesetzt worden. Ostern: Schulschluß Freitag, 7. April, Wiederbeginn des Unterrichts Donnerstag, 20. April; Pfingsten: Schulschluß Freitag, 2. Juni, Wiederbeginn Freitag, 9. Juni; Sommer: Schulschluß Donnerstag 6. Juli, Wiederbeginn Dienstag, 15. August; Herbst: Schulschluß Freitag, den 29. September, Wiederbeginn Dienstag, 10. Oktober; Weihnachten: Donnerstag, 21. Dezember, Wiederbeginn Donnerstag, 4. Januar 1923; Ostern 1923: Schulschluß Dienstag, 27. März, Wiederbeginn Mittwoch, 11. April 1923.

Beschaffung von Umsatzsteuermarken. Die Oberpostdirektion hat den Verkauf von Umsatzsteuermarken in Berlin 40 Postämtern übertragen, die über das ganze Gebiet von Groß-Berlin verteilt sind. Zur Orientierung der Steuerpflichtigen wird die Oberpostdirektion in jedem Postamt einen Aushang anbringen lassen, in dem das Publikum auf das nächstliegende Postamt hingewiesen wird, bei dem Umsatzsteuermarken in jeder Höhe bis zu 500 M. Wert zu haben sind.

Die Umsatz- und Grunderwerbsteuer-Abteilung des Finanzamts Niederbarnim und die Finanzkasse Niederbarnim werden am 15. d. Mts. von Dircksenstraße 26/27 nach Friedrichstraße 107 verlegt.

Die Beerdigung der drei tödlich verunglückten Nothelfer soll in würdiger Weise vor sich gehen. Am Mittwoch, den 15. Februar, mittags 1 Uhr, findet im Lichthof der Technischen Hochschule, Charlottenburg, Berliner Straße, eine Trauerfeier statt.

Wieder Bremen — New York.

Der Dampfer „Seydlitz" des Norddeutschen Lloyd trat gestern von Bremen aus die erste Reise nach New York an und eröffnete damit nach achtjähriger Unterbrechung den regelmäßigen vierzehntägigen Passagier- und Frachtdampferdienst mit eigenen Dampfern des Norddeutschen Lloyd. Infolge der im Eisenbahnverkehr herrschenden Schwierigkeiten erreichte nur ein Teil der gebuchten Passagiere rechtzeitig den Anschluß so daß der Dampfer mit etwa 125 Reisenden abfahren mußte. Mit Rücksicht auf den schweren Eisgang begleiteten ihn drei starke Schleppdampfer bis zur Wesermündung.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und noch vielfach heiter und überwiegend kälter bewölkt, nachts ziemlich strenger, am Tage gelinder Frost bei mäßigen südöstlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Nach dem tschechischen Gewerkschaftskongreß.

Der tschechoslowakische Gewerkschaftskongreß in Prag hat sich mit einer Majorität von zirka 120 000 Stimmen für das Weiterverbleiben bei der Amsterdamer Gewerkschaftszentrale und gegen einen Anschluß an Moskau entschieden. Dieser Kongreßbeschluß ist von weittragender Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft der Tschechoslowakei und für die Entwicklung des Sozialismus in diesem Staate. In dem Beschluß tritt die immer mehr Platz greifende Ernüchterung der tschechoslowakischen Arbeiterschaft zutage, welche der bombastischen Phrasen und der gegenseitigen Zerfleischung schon müde ist und sich nach ruhiger gewerkschaftlicher Arbeit sehnt. Die Arbeiterschaft sieht, wie sie infolge der Spaltung in der politischen Bewegung in die Defensive gedrängt worden ist und wie die Unternehmer nur darauf lauern, um, sobald sich die Arbeiter auch gewerkschaftlich entzweien, die bereits vorbereiteten reaktionären antisozialen Maßnahmen gegen die Arbeitnehmer ergreifen zu können. Es ist aber auch höchste Zeit, daß sich die Arbeiterschaft endlich besinnt, denn der Ansturm der Kapitalisten wird immer stärker. Bestehende Kollektivverträge werden nach Ablauf nicht mehr verlängert, Arbeitsordnungen willkürlich geändert, Lohnherabsetzungen und Verlängerung der Arbeitszeit gefordert. Ein aufgezwungener Streik folgt dem andern; der Generalstreik der Bergarbeiter scheint unabwendbar zu sein, in Nordböhmen streiken die Glas- und Tisouteriearbeiter, und unter den Arbeitern fast aller Industriezweige ist eine große Unzufriedenheit infolge des aggressiven Vorgehens der Fabrikanten.

Die Industriellen scheuen keine Mittel, um die Gewerkschaftsorganisationen zu zertrümmern und die Schlagfertigkeit der Arbeiterschaft zu lähmen. Der größte Exponent des Kapitalismus, die Nationaldemokratische Partei, gründet zu diesem Zwecke eigene gelbe Arbeiterorganisationen und sucht die Arbeiter durch Gewährung von materiellen Vorteilen, sowie durch finanzielle und sonstige Unterstützung an sich zu locken. Sowohl die sozialdemokratischen als auch die kommunistischen und nationalsozialistischen Arbeiter lehnen es ab, mit diesen kapitalistischen Söldlingen in einem Betriebe zu arbeiten, die Unternehmer dagegen, sowohl Tschechen als auch Deutsche, betrachten die nationaldemokratischen Arbeiter als ihre Schützlinge und ergreifen scharfe Gegenmaßregeln gegen ihre Arbeiterschaft. So kam es bereits in einigen großen Betrieben, wie z. B. in den Skodawerken in Pilsen, zu Reibungen zwischen den gewerkschaftlich organisierten und gelben Arbeitern, und in der großen Maschinenfabrik Ringhoffer in Prag wurden alle Arbeiter aus diesem Grunde ausgesperrt. Es verlautet, daß auch die anderen Prager Metallfabriken eine Aussperrung über ihre Arbeiterschaft verhängen wollen, um hierdurch ihre Sympathien für die gelben nationaldemokratischen Organisationen zu bekunden.

Die Unternehmer geben auch den Aufstieg der tschechischen Krone als Grund an für die Arbeiterentlassungen, die infolge der hierdurch hervorgerufenen Exportunfähigkeit vorgenommen seien. Die Industriellen haben jetzt eine neue Waffe gegen die unzufriedenen Arbeiter, erklären, daß die volle Beschäftigung ihrer Betriebe für sie nicht mehr lohnend sei und sie ruhig einen Streik über sich ergehen lassen können, ja daß ihnen ein solcher willkommen wäre.

Bei dieser Sachlage bedeutet der Beschluß des Prager Gewerkschaftskongresses ein großes Glück für die Arbeiterschaft. Da es den Kommunisten nicht gelang, die Leitung der Gewerkschaftsbewegung an sich zu reißen, werden sie es jetzt nicht mehr wagen, irgendwelche neue kommunistische Fachorganisationen zu gründen, da ihnen, abgesehen von anderem auch das organisatorische Talent fehlt. Die Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei bleibt einheitlich und muß einheitlich bleiben. Ja, es ist berechtigte Hoffnung vorhanden, daß in nicht ferner Zeit auch die deutschen gewerkschaftlichen Organisationen in der Reichenberger Gewerkschaftszentrale sich der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung in irgendeiner Weise angliedern werden. Wenn man bedenkt, daß die deutschen Kapitalisten gemeinsam mit den tschechischen im „Zentralverband der tschechoslowakischen Industriellen" schon fast zwei Jahre einheitlich organisiert sind, und daß sie überall dort, wo es sich um ihren Profit handelt, insbesondere jedoch, wo es gilt, scharfmacherisch aufzutreten, Schulter an Schulter mit den tschechischen nationaldemokratischen Fabrikanten gegen die Arbeiter vorgehen, erkennt man auch die Notwendigkeit und Wichtigkeit des Zusammenschlusses der gewerkschaftlich organisierten tschechischen und deutschen Arbeiter an.

Der Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Prag hat schließlich auch bewiesen, daß die kommunistischen Ideen unter der tschechischen Arbeiterschaft recht wenig verbreitet sind, daß der Kommunismus der Arbeiter eigentlich ein sozialistischer Radikalismus ist, und daß auch dieser immer mehr abflaut. Nach dem Ausfalle des Kongresses kann die tschechoslowakische Sozialdemokratie ruhig in die Zukunft sehen, die Kommunistische Partei in der Tschechoslowakei ist nicht so stark, wie man zu glauben gewöhnt war, und auch eventuelle Neuwahlen würden den Kommunisten die von ihnen erhofften Vorteile nicht bringen. Parlamentswahlen werden zwar, falls sich die politische Lage in absehbarer Zeit nicht ändert, nicht stattfinden, sondern nur Wahlen in alle Gemeindevertretungen in der Tschechoslowakei (im Sommer dieses Jahres), und auch bei diesen werden die Kommunisten die Majorität nicht erlangen.

Rudolf Ilsoon.

Die Aussperrung in Dänemark.

Ueber die Vorgeschichte der drohenden oder vielleicht auch schon in Kraft getretenen Aussperrung der dänischen Arbeiter erfahren wir:

Infolge eines Rückganges der Lebensmittelpreise verlangten die dänischen Unternehmer bereits vor einiger Zeit, daß die Arbeitslöhne entsprechend herabgesetzt würden? Außerdem forderten sie eine Verlängerung der Arbeitszeit. Bei den darüber geführten Verhandlungen wurden beide Forderungen von den Arbeitervertretern abgelehnt. Um den Konflikt zu vermeiden, griff das staatliche Schiedsgericht ein und fällte einen Schiedsspruch, der zwar die Löhne etwas verringert, aber nicht in dem Maße, das die Unternehmer gefordert hatten, jedoch die Arbeitszeit unverändert läßt. Die Leitung der Gewerkschaften hat den Arbeitern empfohlen, den Schiedsspruch abzulehnen. Die Abstimmung ist noch im Gange, nur bei den Buchdruckern ist sie bereits beendet, und zwar durch Ablehnung; sollte jedoch die Mehrheit für Annahme des Schiedsspruchs lauten, so würden die Buchdrucker sich wohl auch der Mehrheit fügen. Nun haben aber vorgestern die Unternehmer in einer Generalversammlung beschlossen, den Schiedsspruch abzulehnen; sie ermächtigten ihren Ausschuß, die Aussperrung zu verhängen, die aber frühestens Sonntag abend, wahrscheinlich erst jedoch am Montag abend verkündet werden sollte.

Es ist danach nicht allzu wahrscheinlich, daß die Aussperrung bereits im Gange ist. Man hofft in Dänemark — und diese Hoffnung kommt auch in der Arbeiterpresse zum Ausdruck —, daß der drohende Riesenkampf doch noch verhütet werden wird.

Tarifkündigung im Holzhandel.

Die Holzhändler haben den Angestelltenorganisationen den Manteltarif zum 1. März gekündigt, nachdem von Arbeitnehmerseite zu diesem Zeitpunkte die Gehaltssätze einer erneuten Revision unterzogen werden sollten. Die Arbeitgeber bezwecken, aus der leider allzugroßen Indifferenz ihrer Angestelltenschaft einen noch größeren Nutzen ziehen zu wollen und für die Zukunft tariflos zu bleiben, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach ihrer Willkür und ihrer Laune festzulegen. Geschlossenheit zur Abwehr dieses Vorstoßes der Unternehmer ist notwendig und restlose Erfassung der Kräfte in einer kampfbereiten Organisation.

Angestellte des Holzhandels, organisiert Euch im Zentralverband der Angestellten!

Das Internationale Arbeits-Jahrbuch

(herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, Genf) ist unentbehrlich für jeden Sozialpolitiker oder Gewerkschafter. Der zirka 600 Seiten starke Band enthält eine Zusammenstellung sämtlicher Ministerien aller Länder der Welt, unter besonderer Würdigung der Regierungsdienststellen, die sich mit Arbeiterfragen beschäftigen, sowie ein Verzeichnis der Arbeitgeberverbände aller Länder. Ein weiterer Teil des Buches enthält sämtliche Gewerkschaften, Beamten- und Angestelltenverbände der Welt, desgleichen eine Zusammenstellung aller Genossenschaften und Genossenschaftsverbände. Der einleitende Teil gibt eine Uebersicht über den Aufbau und die Organisation des Völkerbundes und der Internationalen Arbeitsorganisation.

Das Buch ist zu beziehen vom Internationalen Arbeitsamt, Amt Berlin, Alexander Schlicke, Berlin NW. 40, Scharnhorststr. 35. Tel.: Norden (2831). — Preis: 50 Mark.

Verbindlich erklärte Tarifverträge. Durch Verordnung des Reichsarbeitsministeriums ist der am 2. Dezember 1921 abgeschlossene 9. Nachtrag zum Tarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten im Kurz-, Galanterie- und Spielwarengroßhandel, sowie der 3. und 4. Nachtrag vom 21. Oktober 1921 und 30. November 1921 des Tarifvertrages für die kaufmännischen Angestellten im Baumwoll-, Leinen- und Kleiderstoffgroßhandel mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 für den 3. Nachtrag, vom 1. November 1921 für den 4. Nachtrag für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Nähere Auskunft erteilt der Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Generalstreik in Granada. Nach einer WTB.-Meldung aus Madrid ist Sonnabend in Granada der Generalstreik ausgebrochen. In den Gas- und Elektrizitätswerken wird unter militärischem Schutze weitergearbeitet. Die Ordnung in der Stadt wird durch Truppen aufrechterhalten.

Der Bergarbeiterstreik in Südafrika geht nach dem Beschluß von 5000 Bergleuten in Johannesburg weiter.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlungen heute, Wildau, Kühns-Garten, 7½ Uhr. Nordwest II, Jugendhaus, Rathenower Straße 3 a, 7½ Uhr. — Dienstag, Lichterfelde-Zehlendorf, Hohenzollern, Hindenburgdamm 66 a, 7½ Uhr. Pankow, Restaurant Linder, Breitestraße 34, 7½ Uhr. — Freitag, Tegel, Vereinshaus Hamisch, Hauptstraße, 7½ Uhr. Versammlung der Vermessungstechniker im Berliner Klubhaus, Ohmstraße 2, 7½ Uhr.

Wirtschaft

Die Rentabilität der Aktiengesellschaften.

In seiner bekannten Schrift hat Geheimrat Deutsch festzustellen versucht, wie hoch die Rentabilität der Unternehmungen in Industrie und Handel ist. Er kam dabei zu dem erstaunlichen Ergebnis, daß, auf den Kurswert einer Aktie berechnet, die Rentabilität im Durchschnitt von 152 Gesellschaften nur 2,7 Proz. betrage. Die Lückenhaftigkeit und Unzuverlässigkeit dieser Berechnungen ist schon oft betont worden, ohne daß bisher ein ernsthafter Versuch gemacht worden wäre, zahlenmäßig zu beweisen, wie hoch nun tatsächlich die Rentabilität einer Aktie im Durchschnitt ist.

In der ersten Nummer der neuen Zeitschrift „Die Wirtschaftskurve", die jetzt vierteljährlich im Verlag der Frankfurter Societätsdruckerei erscheint und neben einer Fülle von statistischem Material zur Beurteilung der Wirtschaftslage in regelmäßiger Folge auch die bekannten Indexziffern der „Frankfurter Zeitung" bringt, wird nun der Versuch einer solchen Rentabilitätsberechnung für einige Gruppen an Aktienwerten gemacht. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Nach dieser Berechnung trugen 10 Aktien von Maschinenfabriken in der Zeit vom 15. Juni 1920 bis zum 15. Juni vor. Jahres 49,3 Proz., 10 Zementaktien in der gleichen Zeit 16 Proz. und 10 Aktien von Automobilfabriken 80 Proz. durchschnittliche Rente! Den Rekord unter den einzelnen Papieren halten die Horch-Werke mit 180 Proz., die Mindestrentabilität brachte die Armaturen- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. Hilpert in Nürnberg mit 7 Proz. Also selbst die Mindestrente geht weit über das Doppelte der von Deutsch errechneten Durchschnittszahl hinaus.

Es liegt ohne Weiteres auf der Hand, daß so verschieden geartete Ergebnisse nicht möglich wären, wenn nicht ganz verschiedenartige Untersuchungsmethoden zur Anwendung gelangten. Geheimrat Deutsch, dessen Schrift durch die Handelskammer Berlin vertrieben wurde, beschränkte sich darauf, die Dividende als Gradmesser der Rentabilität anzusehen. Diese ist aber ein völlig unzureichender Maßstab. Denn die Gewinne der Aktienbesitzer fließen in den letzten Jahren viel mehr aus Bezugsrechten als aus Dividenden, die ja durch Kapitalverwässerungen bewußt niedrig gehalten werden. Darum hat auch die genannte Zeitschrift von vornherein die Gewinne aus Bezugsrechten zu den Dividenden hinzugerechnet, um die Rentabilität für die Aktionäre zu finden. Sie nahm an, daß ein Aktionär das betreffende Papier am 15. Juni 1920 — also ohnehin zu einem teuren Kurse — erstanden hätte. Die Rentabilität wurde nun ermittelt, indem man die ausgeschüttete Dividende und den an der Börse erzielten Erlös inzwischen eingetretener Bezugsrechte zusammen in ein Prozentverhältnis zu dem Anschaffungskurs setzte.

Man wird zugeben müssen, daß diese Art der Berechnung der Wahrheit bedeutend näher kommt als diejenige des Geheimrats Deutsch. Vor allem wird sie dem Charakter der Aktienwerte als Spekulationspapiere bedeutend mehr gerecht, als die Dividendenrechnung, die man allenfalls auf Anleihepapiere anwenden kann. Nimmt man nun an, der Aktionär hätte sein Papier nach einem Jahre verkauft, so ergibt sich, daß er dann außer Dividende und Bezugsrechte noch einen Kursgewinn von 148,5 Proz. bei Maschinenfabriken und von 184,3 Proz. bei Zementfabriken erzielt hätte. Bei Automobilfabriken ist ein Vergleich für alle 10 untersuchten Werte nicht möglich, weil drei von ihnen nicht an der Börse notiert werden. Für die übrigen 7 ergeben sich erheblich geringere Kursunterschiede. Die Aktien mit der höchsten Durchschnittsrente zeigen demnach geringere Kursunterschiede als die mit niedrigen Renten. Eine auffallende Erscheinung, die sich aber leicht daraus erklärt, daß bei den durch Bezugsrechte sehr rentablen Unternehmen infolge der Kapitalverwässerung der Kurs niedrig blieb.

Man sieht jedenfalls aus der Gegenüberstellung, daß niedrige Dividenden keineswegs ein Beweis für die Behauptung sind, die Aktienwerte brächten dem Aktionär nur geringe Erträge.

Bei all diesen Feststellungen ist zu beachten, daß die von der „Wirtschaftskurve" ermittelte Rentabilität sich auf den Kurswert von Mitte 1920 bezieht. Würde die gleiche Berechnung vorgenommen sein im Hinblick auf den Nominalwert oder auf den Vorkriegskurs, als das Aktienkapital der Unternehmungen noch ein Drittel bis ein Fünftel des Nachkriegskapitals betrug, so würde sich für die meisten untersuchten Werte einwandfrei ergeben, daß die Aktiengesellschaften denjenigen Aktionären, die Goldkapital eingezahlt haben, auch Golderträge abwerfen. Damit dürfte die Fabel von dem notleidenden Kapital endgültig erledigt sein.

Der Zusammenschluß der Provinzbanken, von denen bisher die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt in Leipzig sich mit dem Barmer Bankverein und der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank zu einer Bankengemeinschaft zusammengefunden haben, zieht jetzt weitere Kreise. Die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt in Leipzig tritt jetzt mit der Braunschweigischen Bank- und Kreditanstalt in eine Interessengemeinschaft ein und übernimmt von dem Aktienkapital des letzteren Unternehmens, das von 50 auf 100 Millionen Mark erhöht werden soll, ein Fünftel. Andererseits gibt sie an die Braunschweigische Bank- und Kreditanstalt einen Teil der ihr noch von der letzten Kapitalerhöhung zur Verfügung stehenden Aktien. Auf diese Weise wird der unter der Führung der Leipziger Bank stehende Konzern, der jetzt schon über ein Aktienkapital von 1200 Millionen Mark verfügt, erneut gestärkt.

Ueber „Das Steuerproblem" wird Reichsminister a. D. Dr. Scholz in den wirtschaftspolitischen Kursen der Deutschen Hochschule für Politik am Dienstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, in der Hochschule, Schinkelplatz 6 (Alte Bauakademie), sprechen.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Künke, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Maccaroni echte, aus reinem Hartweizengrieß

Teigwaren sind die kochfertige Mehlspeise für Jedermann, wohlschmeckend und von hohem Nährwert. Ueberall zu haben. Großvertrieb durch Vereinigte Deutsche Teigwaren-Fabriken G. m. b. H., Mannheim.

Eiernudeln aus feinstem Weizenmehl mit Vollei

Metropol Kriete, Behrenstraße 54, 7½ Uhr. Das lustige Februar-Programm

Drei Millionen Kriegsbeschädigte u. Hinterbliebene, alte u. neue Heeresangehör. und Behörden finden zuverlässig Rat und Auskunft in den schwierigen Fragen d. Militärversorgung. Kommentar zum Reichsversorgungsgesetz von Hermann Müller, der alle einschlägigen Gesetze u. Verordnungen umfaßt. Preis 7.— Mark. Buchhdlg. Vorwärts Berlin SW., Lindenstr. 2

Unreiner Teint Pickel, Mitesser, Blüten verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum v. Zucker's Patent-Medicinal-Seife eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen u. mit Zuckoh-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung. Tausenden bestätigt. In allen Apothek., Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

Die Abtreibung der Leidesfrucht von Univ.-Professoren A. Grafahn u. S. Radbruch. Wichtig für Eheleute, Aerzte und Hebammen. Preis M. 3.— Buchhändlg. Vorwärts Berlin SW., Lindenstr. 2

Zähne von 8 M. Teilzahlung, 8J. Gar. Kronen an 18 M., Zahnz. m. Einspr. k. schmerzl. Umarb. schlechtsitz. Geb. Rep. sof. Zahnarzt Dr. Wolf, Potsd. St. 55, Hochh.-St. Sprz. 9-7

ZZ Botenfrauen u. Männer werden zu den neuen, sehr stark erhöhten Löhnen eingestellt: Ackerstr. 174 (Koppenplatz), Bärwaldstraße 42, Bastianstraße 7, Bayerischer Straße 62, Berliner Straße 22, Immanuelkirchstraße 24, Lausitzer Platz 14/15, Lübecker Straße 11, Marchstraße 36, Müllerstraße 34 a, Petersburger Platz 4, Prinzenstraße 81, Stettiner Straße 37, Waitstraße 9, Wilhelmshavener Str. 45. Dorfgwalde, Rhinstraße 19. Lichtenberg, Marzenbergstraße 1. Neukölln, Neckarstr. 2 und Gregorstr. 18/19. Niederschöneweide, Brückenstr. 19. Niederschönhausen, Treptowstraße 27. Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 56. Schöneberg, Belziger Straße 27. Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 13. Treptow, Kiefholzstr. 413.

Möbel-Transporte In- und Ausland ERNST BOLDT Berlin C34, Untergrundbhf. Schönhauser Tor Norden 646, 2773, 9414. Berlins größtes Spezial-Geldschrank- u. Maschinen-Transport-Geschäft

Lombard-Haus d. Graff, Leipz. Str. 73 II. Höchste Beleihung Diskr. Reellste Gelegenheitskäufe, Uhren Brillanten Schmuck usw. 10-50% unt. Lad.-Pr.

Verkäufe

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Halleisches Tor) verkauft sofortlig Herrengarderobe und Pelzwaren. Keine Lombardware.

Silberwäsche. Silberfüchse, Weißfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Sealmäntel, Bibermäntel zur Hälfte des bisherigen Preises. Riesenlinger, Gelegenheiten. Sie finden, was Sie suchen, gut und billig. Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 10, Alexanderplatz.

Schlüpfer, Anzüge, Paletots, Ostomaze aus prima Maßstoffen solange alter Vorrat reicht, bis 50 Prozent Ersparnis. Goldmann, Alexandrinenstraße 44 II, Ecke Kommandantenstraße.

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 475, prachtvoller Silberfuchs 875, außerdem Silberwolf und Blaufuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstraße 44 II, Ecke Kommandantenstraße.

Auf Teilzahlung Herrenanzüge, Ostomaze, Ulster, Schlüpfer, Moderne Maßarbeit, Beaumm, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Rollendorfstraße 22a, Nähe Rollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Tapeten, Wachstuche, Linoleum, Dauerwäsche verkauft Szillat, Kolonnenstraße 9.

Möbel

Chaiselongues 100,—, Metallbetten 135,—, Patentmatratzen, Polsterauflegen, Kinderdrahtbett, Meicke, Augustastraße 33a, Quergebäude.

Kaufgesuche

Fahrradankauf. Linienstraße 19. 1405*

Schallplatten, alte, zerbrochene, Klingsamm 27,—, Plattenumtausch, Sange, Bergmannstraße 15 (Kreuzberg). 8820*

Verschiedenes

Geld sofort auf Pfandscheine. Wertsachen, Wäsche, Rückkaufsrecht. Joseph, Braunsbergerstr. 4.

Vertrauensvolle Auskunft, Arzt zur Stelle, Hebamme Opitz, Neue Königstraße 87 (Alexanderplatz).

Vertrauensvolle Auskunft, gewissenhaft, Frau Ehm, Hebamme a. D., Stargarderstr. 74.